



# ELEKTRONISCHER BRIEF

---

Ausschließlich per E-Mail an:

Stadtverwaltung Speyer  
Abteilung Umwelt, Forsten, Nachhaltigkeit und Klimaschutz  
Frau Friederike Görich  
> [friederike.goerich@stadt-speyer.de](mailto:friederike.goerich@stadt-speyer.de)

**Forstamt Pfälzer  
Rheinauen**

Am Hasenspiel 33  
76756 Bellheim  
Telefon 07272 9278-0  
Telefax 07272 9278-22  
forstamt.pfaelzer-  
rheinauen@wald-rlp.de  
wald.rlp.de

29.07.2025

<b>Mein Aktenzeichen</b> 63 13 Bitte immer angeben!	<b>Ihr Schreiben vom</b> 16.07.2025 (E-Mail) 253/FG	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b> Christopher Skala christopher.skala@wald-rlp.de	<b>Telefon / Fax</b> 07272 9278-11 07272 9278-22
-----------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------

**Vollzug des BImSchG; Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer  
Recyclinganlage für Mineralwolle; Antragsteller: Fa. Saint Gobain Isover G+H AG**

**Hier: Forstfachliche Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben (E-Mail) vom 16.07.2025 in o.g. Angelegenheit sowie die vorgelegten Unterlagen nimmt das Forstamt Pfälzer Rheinauen nachfolgend Stellung:

**A) Vorhaben:**

Die Fa. Saint-Gobain Isover G+H AG, 67346 Speyer (Vorhabenträger) beantragt für ihren Standort in Speyer die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Recyclinganlage für Mineralwolle. Die geplante Anlage soll auf dem Gelände des Vorhabenträgers, Gmkg. Speyer, Flur 0 Flst. 4295/30 (südöstliche Teilfläche) errichtet werden.

**B) Forstliche Betroffenheit:**

Auf einem Teil der für das Vorhaben vorgesehenen Fläche ist gem. Antragsunterlagen Wald vorhanden; insofern ist forstliche Betroffenheit festzustellen. Die betreffende Waldfläche, die für das Vorhaben in Anspruch genommen werden soll, wird auf 7.210 m<sup>2</sup> beziffert.



### Waldrechtliche Grundlagen

Wald ist gem. § 1 LWaldG in der Gesamtheit und Gleichwertigkeit seiner Wirkungen dauerhaft zu erhalten, zu schützen und erforderlichenfalls zu mehrten. Diese Wirkungen umfassen gleichermaßen die Nutz-, Schutz- und Erholungswirkungen des Waldes.

Vor diesem Hintergrund ist die Umwandlung von Wald in eine andere Bodennutzungsart gem. § 14 Abs. 1 LWaldG unter Abwägung der Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzenden sowie der Belange der Allgemeinheit genehmigungspflichtig. Sie soll dann versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt. Gem. § 14 Abs. 2 LWaldG kann die Genehmigung von einer waldrechtlichen Kompensation abhängig gemacht werden. In Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung (vorliegend der Fall) sind die forstfachlichen Belange abschließend zu regeln.

### Forstfachliche Bewertung

Die Waldfläche befindet sich innerhalb eines bestehenden Gewerbe- bzw. Industriekomplexes, eine öffentliche Zugänglichkeit selbiger ist nicht gegeben, da sie vollständig umzäunt bzw. von vorgelagertem Gewerbe umgeben ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Speyer sieht im Bereich des Vorhabens „Gewerbliche Baufläche“ vor.

Ausweislich historischer Luftbilder (1997-2018) in LANIS ist die als Wald beschriebene Fläche bis vor wenigen Jahren noch kein Wald gewesen, in den vergangenen Jahren ist aufgrund natürlicher Sukzession stellenweise Wald entstanden. Insofern ist für die Definitionsabgrenzung von Wald § 3 Abs. 1 S. 2 LWaldG maßgebend, demnach eine Überschildung durch Waldbäume von mindestens 50 Prozent erreicht sein muss. Die genaue Abgrenzung der Waldfläche selbst stellt sich aufgrund der vorgenannten Gegebenheiten schwierig dar.

Die Antragsunterlagen beschreiben den vorhandenen Wald im Wesentlichen als Sukzessionsbestand aus überwiegend Weiden- und Pappelarten mit einem maximalen Alter von etwa 20 Jahren. Weit überwiegend dürften die Gehölze nach Luftbildanalyse jedoch deutlich jünger sein.

Von der Waldfunktionenkartierung ist die Fläche nicht erfasst. Von wesentlichen Nutz- und Erholungsfunktionen der Waldfläche kann aufgrund der nicht vorhandenen Zugänglichkeit von



außen sowie des frühen Sukzessionsstadiums jedoch nicht ausgegangen werden. Schutzwirkungen der Fläche können aus den Antragsunterlagen (insb. Unterlagen zu UVP-Vorprüfung, Fachbeitrag Artenschutz, NATURA 2000 Verträglichkeitsvorprüfung) abgeleitet werden und betreffen demnach insb. Aspekte des Artenschutzes, deren Verlust im Zuge der Maßnahme mit entsprechenden Vermeidungs- und (vorgezogenen) Ausgleichsmaßnahmen begegnet werden soll.

Für sich genommen und in der geschilderten Gesamtgemengelage ist nicht erkennbar, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse am Walderhalt in dem Maße und insoweit bestünde, dass im Zuge einer Abwägung von Rechten, Pflichten und wirtschaftlichem Interesse des Waldbesitzenden mit den Belange der Allgemeinheit eine Waldumwandlung zu versagen wäre. Dabei gehen wir davon aus, dass auch die bzgl. der Waldumwandlung fachlich berührten und zu beteiligenden Behörden i.S.d. § 14 Abs. 1 S. 3 LWaldG und deren Beiträge im Rahmen des gegenständlichen Genehmigungsverfahrens in der durch die Genehmigungsbehörde erfolgenden Gesamtabwägung angemessene Berücksichtigung finden. Die durch die Genehmigungsbehörde am Verfahren beteiligten Stellen, die dem Forstamt in o.g. Schreiben vom 16.07.2025 mitgeteilt wurden, sind aus Sicht des Forstamtes hierfür ausreichend.

*Folglich kann nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen und unter Berücksichtigung der Ausführungen in dieser Stellungnahme dem Vorhaben aus forstfachlicher Sicht zugestimmt werden.*

Vor dem genannten Hintergrund der o.g. Genese und Situation der Waldfläche wird von der Forderung nach einem weiteren bzw. eigenständigen waldrechtlichen Ausgleich gem. § 14 Abs. 2 LWaldG im vorliegenden Einzelfall ausnahmsweise nicht Gebrauch gemacht. Ggfs. aus anderem Fachrecht hervorgerufene Kompensationsverpflichtungen (z.B. Kompensation für Eingriffe in Natur und Landschaft) bleiben hiervon freilich unberührt und sind Sache der zuständigen Fachbehörden bzw. der Genehmigungsbehörde.

### **C) Mitwirkungsgebühr:**

Wir erlauben uns, für die Mitwirkung der Forstbehörde am gegenständlichen Verfahren eine Gebühr in Höhe von 309,96 Euro gem. der nachfolgenden Tabelle zu erheben:



AZ.: 6313		Rechnungsnummer 33-1-215-25			
Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand					
Anwendung bei der Mitwirkung an gebührenpflichtigen Genehmigungsverfahren, Erlaubnissen und Bewilligungen					
Rechtliche Grundlage:					
LVO Gebühren des Landesbetriebes "Landesforsten R-P" Besonderes Gebührenverzeichnis vom 19.06.2013 [GVBl. Nr. 11 vom 12.06.2013, S. 266], zuletzt geändert durch LVO vom 20.01.2021 [GVBl. vom 09.02.2021], Ziffer 2.5.4 sonstige Verfahren					
LVO über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (Allgemeines Gebührenverzeichnis) vom 08.11.2007 [GVBl. Nr. 16 S. 277], zuletzt geändert durch LVO vom 15.03.2023 [GVBl. S. 75]					
Gebühr nach Zeitaufwand	3,0 Std.	x	103,32 Euro/ Viertes Einstiegsamt	309,96	EURO
Verwaltungsgebühr insgesamt:				309,96	EURO

Wir bitten um Überweisung auf das Konto von Landesforsten Rheinland-Pfalz; eine entsprechende Gebührenrechnung ist dieser Stellungnahme beigelegt.

Wir bitten höflich um Mitteilung über Ihre Entscheidung über den Antrag.

Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christopher Skala  
(Forstamtsleitung)